

# Politik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **25 (1933)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zufall beeinflusst werden kann. Im allgemeinen sind jedoch Lohnunterschiede gegenüber dem Landesmittel zurückgegangen, d. h. die Löhne der Arbeiter in den Großstädten haben sich im Vergleich zu denen der übrigen Orte etwas verschlechtert. Bemerkenswert sind die grossen Abweichungen vom Landesmittel, die die Textilindustrie und das Holzgewerbe verzeichnen, während im graphischen Gewerbe die Lohnunterschiede zwischen Großstadt und Landesdurchschnitt am geringsten sind.

---

## Politik.

### Die Ergebnisse der Nationalratswahlen 1931.

Mit überreicher Verspätung (etwa 10 Monate später als letztes Mal) veröffentlicht das Eidgenössische Statistische Amt die statistische Verarbeitung der Nationalratswahlen vom Jahre 1931\*. Diese Wahlstatistik interessiert auch die Gewerkschaften, da eine Reihe von gewerkschaftlichen Forderungen, die nicht oder doch nicht für alle Kategorien der Arbeiterschaft im direkten wirtschaftlichen Kampf durchgesetzt werden können, auf dem Wege der sozialpolitischen Gesetzgebung verwirklicht werden müssen. Es gilt das gerade auch in der Gegenwart, wo die ausserordentlich wichtigen Postulate der Arbeitsbeschaffung, der Arbeitslosenhilfe sowie der Krisensteuer auf politischem Kampfboden ausgefochten werden müssen und wo auch der Kampf um die Löhne des Personals in öffentlichen Verwaltungen zu einer politischen Machtfrage wird. Zur Beurteilung der Aussichten, welche die sozialpolitischen Forderungen im Parlament und in einer eventuellen Volksabstimmung haben, muss auch auf das parteipolitische Kräfteverhältnis abgestellt werden; denn in der Schweiz, mit ihrer politisch geschulten Wählerschaft, sind die Meinungen im allgemeinen ziemlich scharf abgegrenzt nach den parteipolitischen Einflusssphären.

Die eidgenössische Wahlstatistik umfasst nur die Ergebnisse der letzten 5 Nationalratswahlen; denn vor 1919 wurde nach dem Majorz gewählt, der nicht gestattete, das Kräfteverhältnis der Parteien richtig zu ermitteln.

Die Wahlbeteiligung kann unter Umständen einen Einfluss haben auf das Wahlergebnis, da die Haltung der sogenannten Wählerreserven, die nur bei ausserordentlichen Gelegenheiten an die Urnen gebracht werden, immer am zweifelhaftesten ist. Bei den Nationalratswahlen sind jedoch im Landesdurchschnitt nur ganz unbedeutende Schwankungen in der Wahlbeteiligung festzustellen. Sie betrug in Prozenten der Stimmberechtigten:

1919	80,4	1928	78,8
1922	76,4	1931	78,8
1925	76,8		

Ein Vergleich der Wahlergebnisse seit 1919 wird erschwert dadurch, dass in den vier kleinen Kantonen mit Einerwahlkreis (Uri, Obwalden, Nidwalden, Appenzell I.-Rh.) keine Proporzwahl und daher keine Parteiausscheidung möglich ist. In den Kantonen Glarus und Appenzell A.-Rh. ist der Vergleich nicht für alle Jahre möglich, da dort gelegentlich die Methode der «stillen Wahl», das heisst der Verzicht auf den Urnengang, zur Anwendung gekommen ist. Die folgenden Vergleichszahlen beschränken sich deshalb auf die übrigen 19 Kan-

---

\* *Nationalratswahlen 1931*, erschienen als Heft 23 der Statistischen Quellenwerke der Schweiz, herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt.

tone, in denen regelmässig Proporzahlen stattfinden. Da in diesen Kantonen über 97 Prozent der gesamten schweizerischen Wählerschaft wohnen, so entsteht sicher kein unrichtiges Bild über die politischen Machtverhältnisse. Die Zahl der Wähler wird ermittelt, indem die Parteistimmzahl durch die Zahl der Nationalratsmandate des betreffenden Kantons dividiert wird.

Partei	Zahl der Wähler				
	1919	1922	1925	1928	1931
Sozialdemokratische Partei . .	175,853	167,289	193,357	220,141	243,069
Freisinnig-demokratische Partei	215,188	200,063	204,774	218,339	222,365
Katholisch-konservative Partei .	152,502	149,593	153,798	169,534	180,222
Bauern- und Bürgerpartei . .	114,537	118,382	115,797	126,961	131,809
Liberal-demokratische Partei . .	28,497	29,041	26,603	23,752	24,573
Kommunistische Partei . . . .	—	13,441	14,837	14,818	15,982
Sozialpolitische Gruppe . . . .	17,282	16,202	16,362	15,116	8,864
Evangelische Volkspartei . . . .	6,031	6,306	6,888	6,803	8,454
Grütlianner . . . . .	19,005	8,049	427	—	—
Andere Parteien . . . . .	4,882	1,762	4,650	3,774	5,150
<b>Zusammen</b>	<b>733,777</b>	<b>710,128</b>	<b>737,493</b>	<b>799,238</b>	<b>840,488</b>

Ein absoluter Rückgang der Wählerzahl ist, wenn man von den kleinen Splitterparteien absieht, die bei jeder Wahl wieder unter anderer Firma auftauchen, nur zu verzeichnen bei den Liberal-Demokraten und bei der Sozialpolitischen Gruppe, welche verschiedene demokratische Parteien umfasst. Alle andern Parteien haben eine Wählerzunahme, die aber bei den meisten darauf zurückzuführen ist, dass die Gesamtzahl der Wähler zugenommen hat. Ein richtiges Bild bietet daher erst eine Zusammenstellung der prozentualen Kräfteverschiebungen.

Von 100 Wählern entfielen auf:

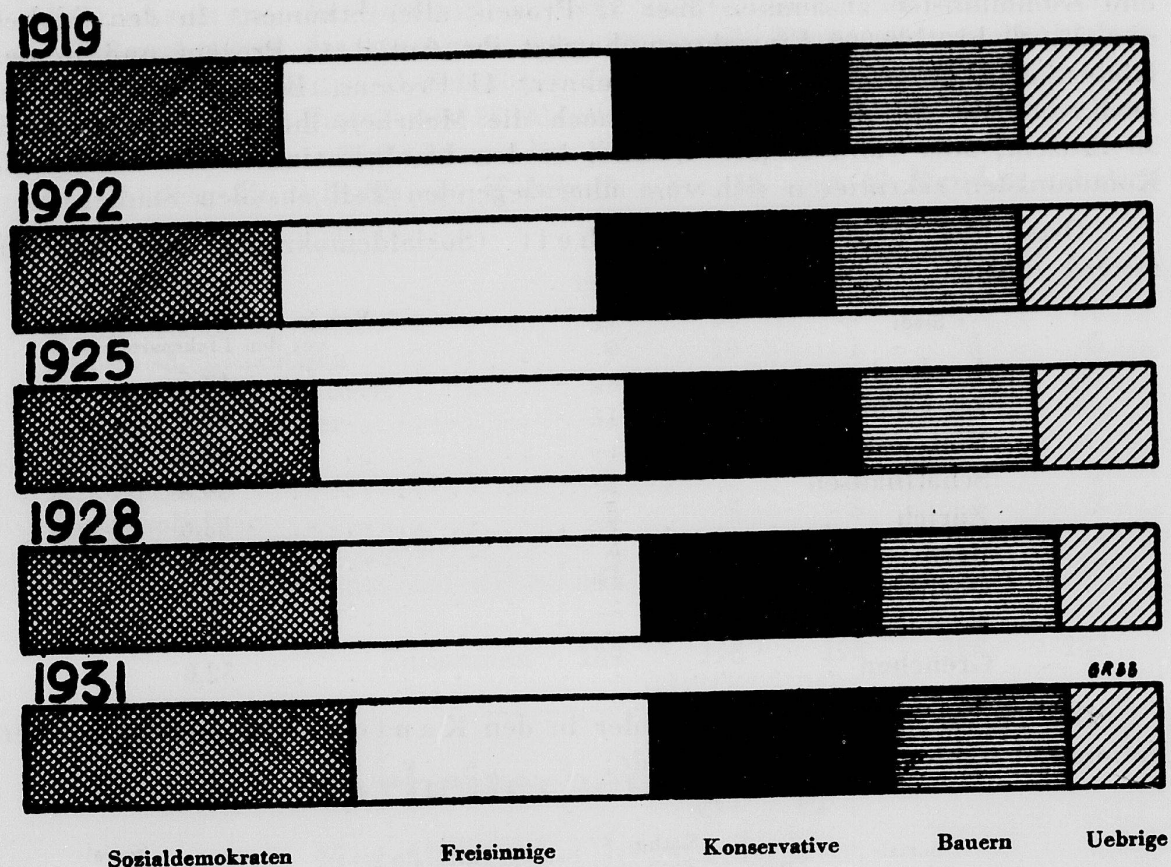
Partei	1919	1922	1925	1928	1931
Sozialdemokratische Partei . .	24,0	23,6	26,2	27,6	28,9
Freisinnig-demokratische Partei	29,3	28,2	27,8	27,3	26,5
Katholisch-konservative Partei .	20,8	21,0	20,8	21,2	21,4
Bauern- und Bürgerpartei . .	15,6	16,7	15,7	15,9	15,7
<b>Hauptparteien zusammen . .</b>	<b>89,7</b>	<b>89,5</b>	<b>90,5</b>	<b>92,0</b>	<b>92,5</b>
Liberal-demokratische Partei . .	3,9	4,1	3,6	3,0	2,9
Kommunistische Partei . . . .	—	1,9	2,0	1,8	1,9
Sozialpolitische Gruppe . . . .	2,4	2,3	2,2	1,9	1,1
Evangelische Volkspartei . . . .	0,8	0,9	0,9	0,8	1,0
Grütlianner . . . . .	2,6	1,1	0,1	—	—
Uebrigere Parteien . . . . .	0,6	0,2	0,7	0,5	0,6
<b>Kleinparteien zusammen . . .</b>	<b>10,3</b>	<b>10,5</b>	<b>9,5</b>	<b>8,0</b>	<b>7,5</b>
<b>Total</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Man sieht, die Veränderungen von Wahl zu Wahl sind sehr bescheiden. Es ist in der Schweiz noch kein politischer Erdbeben eingetreten, wie das in England mit dem Zweiparteiensystem und dem Majorz schon mehr als einmal der Fall war. Immerhin sind deutlich zwei Haupttendenzen wahrnehmbar:

Die eine ist der Rückgang der kleinen Parteien, deren Anteil an der Wählerschaft im schweizerischen Landesdurchschnitt von 10,3 auf 7,5 zurückgegangen ist, während der Anteil der 4 wichtigsten Parteien von 89,7 auf 92,5 Prozent angestiegen ist. Die zweite bedeutende Veränderung, die sich hervorhebt, ist der Vormarsch der Sozialdemokratischen Partei



## Die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse 1919/31.



von 24 Prozent der Wähler im Jahre 1919 auf 28,9 Prozent bei der letzten Wahl. Das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen ist sehr stetig, einzig 1922 erfolgte eine geringe Abnahme, weil die Kommunisten zum erstenmal eigene Listen aufstellten. Der Gewinn von 5 Prozent der Wählermassen, den die Sozialdemokratie zu buchen hat, ist ungefähr zur Hälfte auf Kosten der Freisinnig-demokratischen Partei und zur andern Hälfte auf Kosten der kleinen Parteien erfolgt. Die freisinnige Partei, einst die Mehrheitspartei, die auch jetzt noch die Mehrheit im Bundesrat beansprucht und von den andern bürgerlichen Gruppen zugestanden erhält, hat nur mehr etwas mehr als einen Fünftel der Wähler hinter sich. 1918 ist sie erstmals von den Sozialdemokraten knapp überholt worden. 1931 stieg die Differenz zwischen den beiden Parteien schon auf 2,4 Prozent. Die Konservativen verharren stabil auf 21 Prozent. 1919 beteiligten sie sich im Kanton Zug nicht an den Wahlen, sonst hätten sie damals nach Angaben des statistischen Bureaus 21,2 Prozent ausgemacht. Ihr effektiver Gewinn in den 12 Jahren beläuft sich somit auf 0,2 Prozent. Auch die relative Stärke der Bauern- und Bürgerpartei ist sich ziemlich gleich geblieben.

Interessant ist die verschiedene Schichtung der Wählerschaft in den Städten und auf dem Lande, die sich bei den Wahlen von 1931 ergab:

Von 100 Wählern jeder Partei entfallen

	auf die Städte	auf das Land
Bauern und Bürger . . . . .	9,6	90,4
Katholisch-konservative . . . . .	14,7	85,3
Freisinnig-demokratische . . . . .	30,8	69,2
Sozialdemokraten . . . . .	43,6	56,4
Andere . . . . .	44,0	56,0
Kommunisten . . . . .	72,7	27,3

In den Städten mit über 100,000 Einwohnern verfügen Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen über 51 Prozent aller Stimmen. In den Städten von 20,000 bis 100,000 Einwohnern beträgt ihr Anteil 45 Prozent und in den Kleinstädten (10,000 bis 20,000 Einwohner) 41 Prozent. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Sozialdemokratie dennoch die Mehrheit ihrer Wähler, nämlich 56 Prozent, oder rund 140,000 Wähler, in den Landgemeinden hat. Einzig die Kommunisten rekrutieren sich zum überwiegenden Teil aus den Städten.

Orte mit einer Linksmehrheit (Sozialdemokraten und Kommunisten) sind:

Stadt	Von je 100 Wählern stimmten mit den Linksparteien
Le Locle . . . . .	63,5
La Chaux-de-Fonds . . . . .	63,2
Biel . . . . .	62,8
Schaffhausen . . . . .	59,8
Zürich . . . . .	53,6
Bern . . . . .	53,0
Oerlikon . . . . .	52,9
Winterthur . . . . .	52,6
Grenchen . . . . .	52,0

Die Zusammensetzung der Wähler in den Kantonen ist auf Grund der Nationalratswahlen von 1931 folgende:

	Sozialdemokraten	Freisinnige	Katholisch-konservative	Bauern und Bürger	Liberaldemokraten	Andere Parteien	Kommunisten	Sozialpolitische Gruppe	Total
Zürich . . . . .	55,516	35,765	10,800	23,765	—	7,045	5,304	—	138,195
Bern . . . . .	52,219	26,379	8,927	67,168	—	—	332	—	155,025
Luzern . . . . .	5,192	17,978	22,792	—	—	—	109	—	46,071
Uri . . . . .	—	1,863	—	—	—	218	—	—	2,081
Schwyz . . . . .	2,677	3,868	7,068	—	—	—	—	—	13,613
Obwalden . . . . .	—	—	1,122	—	—	26	—	—	1,148
Nidwalden . . . . .	—	—	965	—	—	29	—	—	994
Glarus . . . . .	1,854	2,975	938	—	—	—	—	1,862	7,629
Zug . . . . .	1,715	1,838	3,112	—	—	—	—	—	6,665
Freiburg . . . . .	2,406	6,440	20,938	1,308	—	—	—	—	31,092
Solothurn . . . . .	10,582	15,805	9,015	—	—	—	—	—	35,402
Basel-Stadt . . . . .	8,923	4,292	3,357	2,995	3,608	972	4,298	—	28,445
Basel-Land . . . . .	5,763	4,573	1,916	2,361	—	—	786	—	15,399
Schaffhausen . . . . .	1,744	2,708	—	3,678	—	3,204	131	—	11,465
Appenzell A.-Rh. . . . .	3,023	5,359	—	—	—	1,071	—	—	9,453
Appenzell I.-Rh. . . . .	—	—	1,355	—	—	143	—	—	1,498
St. Gallen . . . . .	13,363	19,059	27,044	—	—	1,628	228	—	61,322
Graubünden . . . . .	4,127	6,680	9,245	—	—	—	—	4,701	24,753
Aargau . . . . .	21,273	11,935	13,496	13,474	—	—	509	—	60,687
Thurgau . . . . .	7,620	4,455	5,772	10,234	—	—	—	1,809	29,890
Tessin . . . . .	4,339	11,898	11,076	—	—	—	123	—	27,436
Waadt . . . . .	19,448	30,493	—	6,826	12,162	—	505	—	69,434
Wallis . . . . .	3,521	6,651	21,874	—	—	—	—	—	32,046
Neuenburg . . . . .	12,026	6,898	757	—	5,085	—	197	2,354	27,317
Genf . . . . .	10,615	4,650	3,033	—	3,718	3,959	256	—	26,231
Schweiz . . . . .	247,946	232,562	184,602	131,809	24,573	18,295	12,778	10,726	863,291



Zum Schluss publizieren wir noch die parteipolitische Gliederung des Nationalrates, die bekanntlich nicht übereinstimmt mit der Gliederung der Wählerschaft, da das zur Anwendung kommende Proporzsystem die kleinen Kantone und die dortige Mehrheitspartei begünstigt. Vor allem ist die Freisinnig-demokratische Partei mit 52 Mandaten über ihre Stärke (49 Sitze) im Parlament vertreten, währenddem die Sozialdemokraten bei einem Proporzsystem, in dem die Schweiz ein Wahlkreis wäre, 54 statt 49 Mandate erhalten würden.

Partei	Absolute Zahl der Vertreter				
	1919	1922	1925	1928	1931
Katholisch-konservativ . . . . .	41	44	42	46	44
Liberal-demokratisch . . . . .	9	10	7	6	6
Freisinnig-demokratisch . . . . .	59	58	59	58	52
Bauern und Bürger . . . . .	31	35	31	31	30
UDE, Genf . . . . .	—	—	1	1	—
Evangelische . . . . .	1	1	1	1	1
Sozialpolitiker . . . . .	5	5	5	3	2
Grütlianer . . . . .	2	—	—	—	—
Sozialdemokraten . . . . .	41	43	49	50	49
Kommunisten . . . . .	—	2	3	2	3
Zusammen	189	198	198	198	187

## Arbeiterbewegung.

### Metall- und Uhrenarbeiter.

Seit dem 1. Dezember steht die Arbeiterschaft der Verzinkerei Zug A.-G. im Streik. Zwei Vertrauensleute der Gewerkschaft wurden gemassregelt — ausserdem glaubte die Firma die Verhältnisse reif zu einem neuen Angriff auf die Löhne.

Die Belegschaft steht bis auf einige wenige Streikbrecher — zu deren Schutz die Regierung mit verdächtiger Eile Massnahmen ergriffen hat — völlig geschlossen da. Sie geniesst auch die Sympathie der Bevölkerung, die es nicht verstehen kann, dass ausgerechnet eine Firma mit ausgezeichnetem Beschäftigungsgrad und sehr ansehnlichen Gewinnen einen Lohnabbau notwendig hat.

Hoffentlich ist dem entschlossenen Kampf der Arbeiterschaft ein voller Erfolg beschieden.

## Buchbesprechungen.

*Dr. Otto Frieder. Der Weg zur sozialistischen Planwirtschaft. Geschichte und Verwirklichung einer Idee.* Verlag Dietz, Berlin. 1932. 67 Seiten.

Die Schrift Frieders beschreibt die verschiedenen Phasen der Sozialisierungsidee, zuerst als Utopie, dann als Projekt des marxistischen Sozialismus und neuestens als Experiment in Russland. Sie ist eine gute Einführung in das Problem der Planwirtschaft. Der letzte Teil über die Sozialisierungsmöglichkeiten in Deutschland ist etwas zu wenig ausgearbeitet. Man wird da mit Gewinn die früher schon besprochene Schrift von Heimann als Ergänzung heranziehen.

*Umbau der Wirtschaft.* Die Forderungen der Gewerkschaften. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. 40 Seiten.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften, ADGB und AfA-Bund haben Richtlinien aufgestellt für den Umbau der kapitalistischen Wirtschaft; denn die Neuordnung der Wirtschaft ist zu einer Existenzfrage des